



Adolf Ogi, Bundespräsident 2000

Adolf Ogi wurde am 18. Juli 1942 in Kandersteg (BE) geboren, verbrachte dort seine Jugend und erwarb an der Ecole supérieure de commerce in La Neuveville und der Swiss Mercantile School in London seine Ausbildung.

1964 trat er in den Dienst des Schweizerischen Skiverbandes (SSV), wurde 1969 Technischer und ab 1975 bis 1981 SSV-Direktor. Die Skifahrernation Schweiz feierte an der Winterolympiade 1972 in Sapporo die grössten Erfolge und Goldmedaillen unter dem Motto: "Ogis Leute siegen heute."

Adolf Ogi ist seit 1978 Mitglied der Schweizerischen Volkspartei (SVP). Von 1984 bis 1987 war er deren Präsident. 1979 wurde er in den Nationalrat und am 9. Dezember 1987 in den Bundesrat gewählt.

Ab 1. Januar 1988 war Bundesrat Ogi Chef des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements (EVED). 1993 wurde er zum ersten und 1999 zum zweiten Mal zum Bundespräsidenten gewählt.

Seit dem 1. November 1995 ist Bundesrat Ogi Chef des Eidgenössischen Militärdepartements bzw. seit dem 1. Januar 1998 des Eidgenössischen Departements für Verteidigung, Bevölkerung und Sport (VBS).

Der Energieminister

Als EVED-Vorsteher setzte sich Bundesrat Ogi für den Energieartikel in der Bundesverfassung ein – und gewann am 23. September 1990 die Volksabstimmung. Darauf lancierte er das Programm "Energie 2000".

Für dieses Programm waren ursprünglich 170 Mio. Franken pro Jahr vorgesehen, um die Verfassungsziele zu erreichen. Die Mittel wurden vom Parlament massiv gekürzt – bis auf rund 50 Mio. Fr. pro Jahr. Das Parlament hat nicht nur Bundesrat Ogis E2000-Programm auf 25% zusammengestrichen – es hat auch den Willen des Volkes, das am 23.9.1990 mit 71% Ja die Förderung der erneuerbaren Energien verlangte, nicht respektiert. Denn für 1991 bewilligte das gleiche Parlament mit 84,2 Mio. Franken fast den **doppelten Betrag** für die **nicht erneuerbaren Energien**, im Fusions- und Nuklearenergiebereich (vgl. BFE-Beiträge, Schweiz. Solarpreis 1998/99, S. 82). Als Energieminister erklärte er 1994 vor der Universität Bern: "So kann es nicht weitergehen. Der Verschwendung unserer natürlichen Ressourcen muss Einhalt geboten werden. Vor allem beim Erdöl bezahlt der Konsument nur einen Bruchteil der entstehenden Kosten. Den Rest trägt die Allgemeinheit in der Form von Schäden aller Art;

Schäden der Umwelt, der Gesundheit, der landwirtschaftlichen Produktion (...). Schlimmer noch: Wir leben auf Kosten unserer Nachkommen" (Bund, 7.8.2000).

Ogis- und Volkswillen missachtet: Solarinitiative!

Die Missachtung des Volkswillens und Bundesrat Ogis E2000-Programm bildeten den Hauptgrund zur Lancierung der Solarinitiative am 23. September 1993. "Mit der Solarinitiative wollen wir Herrn Bundesrat A. Ogis E2000-Programm entscheidend unterstützen." Mit dieser Begründung wurden über 300 prominente Persönlichkeiten, Parlamentarier/innen aller Parteien, Wissenschafts-, Gewerkschafts-, Gewerbe-, Wirtschafts-, Kultur-, Kirchen-, Behörden- und Umweltvertreter/innen sowie alle Jungparteien eingeladen, sich am Initiativkomitee für die beiden Initiativen zu beteiligen mit dem Ziel: Die externen Kosten der fossilen Energieträger von 11-16 Mrd. Franken für Gesundheits-, Gebäude-, Landwirtschafts-, Wald- und Umweltschäden sollen die Verursacher (fossile Energieträger emittieren ca. 45 Mio. t CO₂ pro Jahr) bezahlen und nicht die Privaten, und der Staat über unsere Steuern und Gebühren! Diese Gründe waren auch am 4. Juni 1997 ausschlaggebend, als der Nationalrat dem Antrag Suter/David mit 88 zu 82 Stimmen folgte und den Inhalt der Solarinitiative im Art. 14^{bis} des Energiegesetzes wie folgt verankerte: "Als Ausgleichsleistung zur Wahrung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs im Energiebereich erhebt der Bund eine Lenkungsabgabe auf dem

Endverbrauch aller nicht erneuerbaren Energieträger (Erdöl, Gas, Kohle und Uran) von: 0,3 Rp./kWh" für die erneuerbaren Energien und "0,3 Rp./kWh zur rationalen Energienutzung..." (vgl. Amtl. Bull. NR, 4.6.1997).

Marktwirtschaft im Energie-sektor

Seit 1997 ist die Mehrheit im Nationalrat immer und - mit etwas Verspätung und im reduzierten Ausmass - auch der Ständerat diesem Kurs für Ausgleichsleistungen und mehr marktwirtschaftlichen Wettbewerb im Schweizer Energie-sektor gefolgt. Am 24. September 2000 kann das Schweizer Volk über die **Grundnorm** (2 Rp./kWh und 2,5 Mrd. Fr. Rückerstattung für die AHV), über die **Solarinitiative** (0,5 Rp./kWh für erneuerbare Energien inkl. ökologische Wasserkraftsanierung und rationelle Energienutzung) und die **Förderabgabe** (0,3 Rp./kWh) mit den gleichen Zielen, wie Solarinitiative, abstimmen.

Ogi: Visionär und Staatsmann

Wäre das Parlament Bundesrats Ogis E2000-Programm bereits 1991 gefolgt, müssten wir im Jahr 2000 wahrscheinlich nicht über die Solarinitiative abstimmen. Auch die langatmigen Parlamentsdebatten, ob der Bundesrat oder das Parlament die definitive CO₂-Abgabe einführen bzw. verhindern dürfte, wären überflüssig gewesen. Wäre **Bundesrat Ogis E2000** - wie das Nachfolgeprogramm "Energie Schweiz" von Bundesrat Moritz Leuenberger in diesem Jahrhundert - **fortgesetzt** worden, hätten

die einheimischen, erneuerbaren Energien und die rationelle Energienutzung mit **Ausgleichsleistungen** (Lenkungsabgaben) von etwa **8 Mrd. Franken bis 2020** rechnen können. Diese würden zwischen der Förderabgabe und Solarinitiative liegen und wenigstens einen **Bruchteil der staatlichen Subventionen**, Privilegien und Quersubventionen von mehreren Dutzend Mrd. für die **traditionellen**, importierten und **nicht erneuerbaren Energien** bedeuten....

In der Geringschätzung des Verfassungsauftrages von 1990 und Ogis E2000-Ziele bewies die Parlamentsmehrheit eine gewisse Konstanz: Nach Ende 1999 lehnte eine Mehrheit einen Antrag NR H. Weyeneth/M. Sandoz ab, 4 Mio. Franken bei der Nuklear- und Fusionsforschung zu kürzen - zugunsten der einheimischen erneuerbaren Energien. Dass die angestrebten Ziele von Energie 2000 dadurch nur teilweise erreicht werden konnten, erstaunt kaum.

E2000: Erfolgreiche Einzelprojekte

Dennoch konnten sich die energieeffizienten Technologien einzeln durchsetzen. Insbesondere als die Schweiz Gastland der europäischen Photovoltaikkonferenz in Montreux 1992 war, zeigte sich, dass sie im Bereich der integrierten Solaranlagen weltweit an der Spitze lag. Dazu hat das Programm Energie 2000 unzählige Impulse im ganzen Land ausgelöst, das Bewusstsein für die Energieeffizienz und für die erneuerbaren Energien nachhaltig verbessert (vgl. Bilanz Energie 2000 über 10

Jahre). Damit verfügte die Schweiz zum ersten Mal über ein umfassendes energiepolitisches Programm mit klaren Zielen, einer breit föderalistischen und partnerschaftlichen Agenda, ausgerichtet auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien.

Bundesrat Ogi persönliches Engagement

Bundesrat Ogi und Frau Bundesrätin Ruth Dreifuss (Amt für Bundesbauten) haben in ihren Departementen stets mitgeholfen, die erneuerbaren Energien zu fördern. So wurden praktisch jedes Jahr Bundesbauten und VBS-Bauten beim Solarpreis ausgewählt und kamen in die Endrunde. Mit den Solaranlagen der SBB (1994) EMPA St. Gallen (96), der Militärflugplätze Alpnach (96), Sion (97), Lok-Depot Bern (98) und insbesondere mit der Holz-/Biomasse-Wärme-kraftkopplungsanlage des Waffenplatzes Bière (99), wurden **sechs Schweizer** und **drei Europäische Solarpreise** gewonnen! Allein beim Waffenplatz Bière werden jährlich 950 t Heizöl durch Holzenergie substituiert (vgl. aufgeschlüsselte Tabellen der Photovoltaik, solarthermische und Biomasse-Holzanlagen, S. II. und S. 40). Insoweit ist der Bund auch ein leuchtendes Beispiel für viele Kantone.

Die Würdigung aus europäischer Sicht: Bundesrat Ogi "Ein engagierter Visionär"

Mit seinem Engagement für die erneuerbaren Energien zu Anfang der neunziger Jahre hat Bundesrat Ogi gezeigt, dass er ein Visionär ist. Er

hat die Nöte unserer Zeit vor vielen anderen in der Politik frühzeitig realisiert. Indem er bereits 1991 das Programm Energie 2000 lancierte, hat er die Schweiz in die Lage versetzt, im Konzert der Völker, im Bestreben nach einer besseren Welt durch nachhaltige Energieversorgung, ein Vorbild zu werden.

Beispielhafte Solarbauten

Noch heute hat die Schweiz eine Vielzahl von neuen Gebäuden vorzuweisen, bei denen ästhetischer Entwurf, energetisches Konzept und Integration solarer Elemente besonders gelungen sind. Wo in anderen Ländern der Weg zur solaren Architektur mit so manchem misslungenem Projekt gepflastert war, hat die Schweiz schon früh eine Pilotfunktion übernommen.

Vom Solarpreis, E2000 bis EU-"Power for the World"

Gleiches war auch bei der strategischen Ausrichtung der Photovoltaik der Fall. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich die Schweiz nach Anstoss durch Bundesrat Ogi das Ziel vorgegeben, mittelfristig 10 W Photovoltaik pro Einwohner zu installieren. Die gleiche 10 W-Einheit übernahm die EU für das internationale EU-Projekt "Power for the World". Dieses soll die minimalsten Bedürfnisse für die ärmsten 2 Mrd. Menschen, die ohne Licht und Trinkwasser leben müssen, sicherstellen.

In ihrem Weissbuch "Erneuerbare Energien" von 1997 hat dann die Europäische Kommission für die EU insgesamt ein ähnliches Ziel vorgeschlagen, was dann letztlich in Deutschland zum 100'000-Solar-

Dächer-Programm und zum Erneuerbare-Energien-Gesetz geführt hat. Auch die japanische Regierung ist nach der ersten PV-Initiative in der Schweiz 1993 mit einem ambitionierten 5 Gigawatt Photovoltaik Programm gefolgt (40 W/Einwohner/in). Der amerikanische Präsident Bill Clinton schliesslich verkündete 1997 vor der UNO ein Millionen-Dächer Programm für Solarenergie.

Unterstützung durch G-8 Staaten

Wie die Nachrichtenagentur Reuters am 27. Juli 2000 berichtet, fand das Projekt "Power for the World" auf Antrag des englischen Premierministers Tony Blair die Unterstützung der G-8-Staaten in Okinawa. Eine Kommission wurde eingesetzt und am G-8-Meeting 2001 in Genua soll darüber Bericht erstattet werden (vgl. S. 77/78)

Solarpreis 2000 und Sonderpreis für Bundespräsident Adolf Ogi

Für dieses unermüdliche und

insbesondere für sein *persönliches Engagement*, sein Glaube an die Zukunft, an die Jugend, an die Veränderbarkeit der Welt, sein Einsatz im öffentlichen Interesse des Landes, für all diese herausragenden Leistungen erhält **Bundespräsident Adolf Ogi** den **Schweizer Solarpreis 2000** für Persönlichkeiten und den **Sonderpreis des Schweizer Solarpreisgerichtes** zum **10-jährigen Jubiläum des Schweizer Solarpreises**.

Die Preisübergabe an Bundespräsident Ogi im Millennium-Jahr 2000 hat zu recht auch symbolische Bedeutung, war es doch Energieminister Adolf Ogi, der 1991 den ersten Schweizer Solarpreis persönlich verliehen hat. In der Folge werden in einer Reihe europäischer Länder und für Europa insgesamt nach Schweizer Vorbild Solarpreise verliehen. Sie zählen heute zu den öffentlichen Höhepunkten der Entwicklung erneuerbarer Energien in Europa.

Bilanz Energie 2000 über 10 Jahre

• Energieeinsparungen 1991-1999 (bezogen auf Verbrauch 1999/kumuliert)	21%
• Bundesbeiträge	0,5 Mia.
• Investitionen	4,4 Mia.
• Reduktion Energiekosten	4,4 Mia.
• Reduktion ext. Kosten	2,3 - 3,4 Mia.
• Reduktion CO ₂ -Emissionen	10,7 - 14,9 Mio t
• Arbeitsplätze/Personenjahre	38'000
• Funktionierende Netzwerke als Basis für Nachfolgeprogramm Energiefahrzeug	
• Gute Noten für E2000 von der Internationalen Energie-Agentur (IEA) in Paris	

STÄNDERAT BRUNO FRICK, 8840 EINSIEDELN/SZ

Bruno Frick ist 1953 geboren und führt seine Anwalts- und Notariatskanzlei in Einsiedeln. 1978 schloss er das Studium der Rechte an der Universität Zürich ab und ist dort seit 1982 Lehrbeauftragter. 1983 wurde Bruno Frick als Kantonsgeschichtsschreiber, 1984 als Verwaltungsrichter des Kantons Schwyz, 1988 als Kantonsrat und 1990 als CVP-Fraktionschef gewählt. 1991 wurde Bruno Frick als jüngster Schwyzer Ständerat nach Bern gewählt. 1993 war er einer der ersten Ständeräte des Initiativkomitees für die Solarinitiativen. Diese Energieanliegen vertrat er im Rat mit sehr viel Energie und Überzeugung - und fand im Oktober 1999 eine Mehrheit dafür. Bruno Frick wurde 1994 zum ersten Präsidenten von Swissolar gewählt. Sein Engagement, seine Kraft und sein Humor waren notwendig, um die erste nationale Vereinigung der Solarverbände mit den gewerblichen Haustechnikverbänden zusammenzuführen. Seit 1988 ist Bruno Frick zusammen mit Frau Nationalrätin Regine Aeppli, Zürich, Co-Präsident der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE). Für dieses unbezahlbare und vorbildliche Engagement für die Solarenergie erhält Bruno Frick den Schweizer Solarpreis 2000.



Bruno Frick, Ständerat (CVP/SZ) 8840 Einsiedeln, CO-Präsident Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE)

Zusammen mit seinen Ständeratskollegen Prof. Giles Petitpierre (FdP/GL) und Dr. Thomas Onken (SP/TG, †) war Bruno Frick (CVP/SZ) einer der ersten Ständeräte im Initiativkomitee der Solar- und der Energie-Umweltinitiative 1992/93.

Nachdem der Nationalrat im Juni 1997 die Energieabgabe von 0,6 Rp./kWh auf nicht erneuerbare Energien beschlossen hatte, war es vor allem Bruno Frick, der im Ständerat mit voller Energie und persönlichem Engagement für die Sache der erneuerbaren Energien kämpfte. Seine Aufgabe war alles andere als leicht. So schmettete der Ständerat die nationalrätlichen Vorschläge mehrmals ab. Doch Bruno Frick gibt nicht so schnell auf, im Gegenteil. Er besitzt Stehvermögen und Durchschlagskraft. Und so gelang es vor allem dank

Bruno Frick im Oktober 1999 eine Mehrheit für die Energieabgabe von 0,3 Rp./kWh für die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung der erneuerbaren Energien zu gewinnen. Auch die Grundnorm fand eine Mehrheit im Ständerat. Seiner fachlich sehr fundierten Argumentation vermochten die Gegner immer weniger entgegenzusetzen.

Bruno Frick ist gradlinig, zukunftsorientiert und unbestechlich. Wenn er etwas will, ist es schwer, ihn von seinem Weg abzubringen. Andererseits sind aber auch sein Humor und seine Ironie sprichwörtlich. So löste er einmal die fast unüberwindlich scheinenden Meinungsverschiedenheiten bezüglich einer Broschüre elegant: "Es gibt Würmer, die gefallen offenbar dem Fischer besser als den Fischen...".